

BürgerInnen*, hört die Signale

Rot-Rot-Grün im Bund ist keine Gefahr, sondern eine Chimäre – derweil Lindner lauert | Von Christoph Schwennicke

Manche Ängste haben sich bei einer großen Zahl der Deutschen im Erbgut abgelagert. Da ist zuerst die Furcht vor Inflation, die sich in Kriegs- und Nachkriegszeiten im kollektiven Genom abgelagert hat. Dicht gefolgt von der Angst vor dem Kommunismus, die sich in etwa in der gleichen Zeit herausgebildet hat.

Die vorherrschende aktuelle Mutante der Kommunismus-Angst ist nach Zusammenbruch des Ostblocks die Angst vor einer Linksfrente, also Rot-Rot-Grün als Regierungskoalition. Weil sich diese Sorgen in den vergangenen Jahren zum Teil zurückgebildet haben, kann man auch eher von einer Restante als von einer Mutante sprechen. Immer wieder vor Bundestagswahlen kommt es zu neuen Wellen dieser Furcht. Spreader sind insbesondere die Politikerinnen und Politiker der Linken, die sich an diesem Wochenende zu ihrem Parteitag treffen. Dazu natürlich politische Gegner oder Wettbewerber, die die Angst vor diesem Regierungsmodell schüren, um politischen Profit daraus zu schlagen. Und gelegentlich flammt die Sorge auf, wenn Juso-Vorsitzende ihren Sehnsüchten nach Verstaatlichung ganzer Industriebranchen öffentlich freien Lauf lassen.

Aus der Luft gegriffen sind Vorbehalte gegen Rot-Rot-Grün nicht. Denn es gibt politische Hot Spots, an denen sich berechnete Vorbehalte erweisen. Seit Jahr und Tag regiert in Berlin eine rot-rot-grüne Koalition, deren Dysfunktionalität nur mit viel schwarzem Humor zu ertragen ist. Zu unseren Kindertagen lief im Fernsehen eine Schwarz-Weiß-Serie mit einer Kinderschar, deren munteren Mitgliedern alles entglitt, was sie in die Hände nahmen oder bekamen. An diese „Kleinen Strolche“ fühlt man sich bei Berlins Regierung immer wieder erinnert. Nur, dass es leider oft gar



Wahlverwandtschaften 2021: Könnten sie am Ende im Herbst ein Regierungstrio bilden? Olaf Scholz, Annalena Baerbock und Christian Lindner

nicht mehr lustig ist. Fröhlicher Dilettantismus werkelt da vor sich hin, und man wundert sich schon gar nicht mehr, wenn eine Gesundheitssenatorin verkündet, Impfstoff werde schon bald in Berlin produziert, was sich innerhalb von Stunden als Unsinn erweist. Ebenso wie möglicherweise die Mietpreisbremse, die vor dem höchsten deutschen Gericht auf ihr Urteil wartet.

Zugleich regiert die gleiche linke Dreierkoalition mit einem linken Ministerpräsidenten an der Spitze in Thüringen nicht völlig fortunefrei. Bodo Ramelow mag quartalsweise von etwas feudal-monarchischen Wallungen angewandelt zu sein – und dann wieder von ebenso tiefer Demut, ja, Unterwürfigkeit der CDU-Kanzlerin gegenüber. Aber das Land und dessen Regierung, wenn es nicht gerade als Grenzgebiet von Corona besonders stark



heimgesucht wird, macht insgesamt unter dieser Führung keinen annähernd so fahigen Eindruck wie das Berliner Pendant unter Führung der Sozialdemokraten und eines Regierenden Bürgermeisters Michael Müller, dem man gelegentlich meint, ansehen zu können, dass er aus dieser Position bald auf einen gemütlichen Platz in der Bundestagsfraktion der Sozialdemokraten wechseln wird.

Wovon es gar nicht so viele geben wird. Die Linke und die SPD sind inzwischen beide bedroht von einem neuen Dualismus von Union und Grünen, bei dem der FDP wie früher die Rolle eines liberalen und marktwirtschaftlichen Korrektivs zukommt. Die SPD ist in den vergangenen Jahren extrem nach links gedriftet, daran kann auch ihr Kanzlerkandidat Olaf Scholz nur geringfügig etwas ändern. Am Ende ist er Tünche



in der Farbe Gerhard Schröders auf einem knallroten Parteikörper.

Diese nach links gedriftete SPD konkurriert daher mittlerweile weniger mit den Grünen, sondern vielmehr mit der Linkspartei. Unter den beiden Parteien wird es also einen Wähler austausch geben, der am Ende aber ein Nullsummenspiel ist. Die

CHRISTOPH SCHWENNICKE

arbeitet seit über 25 Jahren als politischer Journalist u. a. für die *Süddeutsche Zeitung* sowie den *Spiegel*, deren Parlamentsbüros er leitete. Zuletzt war er Chefredakteur und Verleger des Polit-Magazins *Cicero*.

Grünen sind absehbar die Partei, die auch im konservativen Lager – wie seinerzeit Schröder für der SPD – Stimmen zu sich herüberziehen könnten.

Nach Lage der Dinge käme daher im Bund und im September bei den Bundestagswahlen weder eine SPD-geführte noch eine von der Linkspartei geführte Linksaußen Koalition zustande, sondern, wenn überhaupt, eine, die die Grünen anführten.

Dazu zwei Hinweise, die den einen beruhigen mögen und die andere mit Sorge erfüllen. Erstens: Wenn es bei den Grünen am Ende für den Griff nach dem Kanzleramt in einer anderen Konstellation als Schwarz-Grün reichen könnte, dann werden sie danach greifen. Aber sie werden das, zweitens, nicht machen in einer Kombination mit der Linken, sondern nur in einer grünen Ampel. Weil sie sich der Willkürlichkeit und Unberechenbarkeit linker Politik gerade im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik nicht aussetzen würden. Auf diesem Feld steht die Linke heute noch da, wo die Grünen selbst vor 25 Jahren standen.

Die beiden bevorstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz werden aller Voraussicht nach Signale in diese Richtung senden. Dann käme es nur noch auf die FDP an. Und Parteichef Christian Lindner muss diesmal alles tun, um in die Regierung zu kommen, wenn es sich anbietet. Die Ampel (grün oder rot angeführt) ist die einzige Option, die sich ihm da realistischerweise bieten könnte. Prognose hier und heute: Lindner würde das machen. Und dieses Mal sagen: Lieber in einer Ampel regieren, als eine linke Dreier-Koalition regieren zu lassen. Und würde dafür mit einiger Sicherheit all jene zusätzlich beglücken, bei denen sich die Aversion gegen das Linksbündnis besonders tief ins Erbgut geschrieben hat.

AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPPER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Grenz-werte

Öffnen oder nicht öffnen – das ist die Frage, die am kommenden Mittwoch zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten verhandelt wird. Die unlängst festgelegten Inzidenzwerte der Kanzlerin machen eine Verlängerung des Lockdowns zwingend – wohl mindestens bis Ostern. Gleichwohl zeichnen sich vorsichtige Lockerungen ab. Das passt nicht zusammen.

Doch passt in der Corona-Krise noch viel mehr nicht zusammen. Die erste Pandemie klingt ab, eine zweite, bald wohl dritte baut sich auf. Die Impfdosen wurden so spät bestellt, dass sie die Verbreitung von Corona-Mutanten nicht mehr bremsen können. Dazu kommt, dass tausende Dosen ungenutzt bleiben. Bedenklicher noch: Die Bevölkerung, die sich 12 Monate lang eng gehorsam an die vorgegebenen Beschränkungen gehalten hat, wird unruhig. Dank der vorausschauenden, restriktiven Politik der Bundeskanzlerin sei Deutschland vergleichsweise glimpflich durch die pandemische Krise gekommen, sagen jetzt die Mahner. Deshalb müsse man durchhalten. Aber stimmt das überhaupt?

Der glimpfliche Verlauf liegt sicher nicht an Merckels vermeintlich kluger Corona-Politik. Allzu klug ist ihre Strategie nämlich nicht, navigiert ihre Bundesregierung doch noch genauso durch das Infektionsgeschehen wie noch vor einem Jahr, als hätte sie in den vergangenen zwölf Monaten nichts lernen können. Im internationalen Vergleich glimpflich davongekommen ist Deutschland vor allem aufgrund der enormen Staatsgläubigkeit seiner Bürger. Wenn der Staat etwas vorschreibt, dann halten sie sich daran. Diese bürgerliche Staatsgläubigkeit hat Tradition. Man könnte fast sagen, sie gehört zur DNA des zentraleuropäischen Bürgerdaseins. Das ist für Regierungen ungemein praktisch. Deutschland ist, wenn Kollateralschäden des Staatshandelns mit Geld kompensiert werden, leicht zu regieren.

Dass selbst der Staat mitunter überfordert ist, merken die des Lockdowns müden Bürger jetzt. Sie sind des Regierens über die Verbreitung von Angst und Schrecken überdrüssig. Mehr noch, immer weniger Bürger können nachvollziehen, warum trotz unterschiedlichen Infektionsgeschehens alles überall gleich gehandhabt werden soll. So kann und wollen sie nicht leben.

Der anschwellende Unmut hat sich bis in die obersten Regierungskreise herumgesprochen. Merkel hat angeblich eine Strategie, über die wir am Mittwoch mehr erfahren werden. Bayerns Markus Söder ist derweil vorgeprescht und hat noch vor der nächsten Coronarunde konkrete Öffnungsschritte angekündigt. Er weiß, warum: Die Bürger hierzulande sind zwar keine Revolutionäre. Doch sie wissen genau, ab wann sie sich den Vorschriften einfach entziehen. Die Staatsgläubigkeit hat sogar bei den so braven Deutschen ihre Grenzen. Da bleibt selbst Merkel zum Öffnen keine Alternative.

Wohnen Sie schon oder leben Sie nicht mehr

Pandemische Baupolitik, Klimawandel, Infrastrukturdebatte – wie sich unsere Städte verändern müssen | Von Nikolaus Bernau

Hatten die Pest, die Syphilis, die Pocken, die Malaria oder das Gelbfieber seit der Katastrophe von 1348 den Totalumbau der europäischen, chinesischen oder arabischen Städte zur Folge, die sie bis ins 19. Jahrhundert auch in Friedenszeiten verheerten? Wer die Geschichte des Städtebaus betrachtet, wird – angesichts der aktuellen Debatten um die Folgen von Covid-19 möglicherweise erstaunt – feststellen: All diese Epidemien hatten trotz ihrer Millionen Opfer bis Mitte des 19. Jahrhunderts praktisch keine städtebaulichen Folgen. Allenfalls die Entdeckung des Landes als scheinbar seuchensichere Idylle durch Adlige und wohlhabende Stadtbürger könnte man anführen: Noch die aktuelle Einfamilienhausdebatte lebt vom Mythos individueller Freiheit und Sicherheit vor der gesundheitlich-feindlichen Stadt, der um 1800 geprägt wurde.

Die Städte selbst aber blieben all diese Jahrhunderte aus hygienehistorischer Sicht auffällig unverändert. Auch die breiten Achsen, die seit dem 17. Jahrhundert in den Stadtkörper von Rom, seit 1800 und dann wieder seit den 1850ern in den von Paris geschlagen wurden, waren vornehmlich ästhetischer und militärpolitischer Natur. Nur nebensächlich sollten sie auch die Gesundheit in den dichtbevölkerten, quirligen Vierteln verbessern, „gute Winde“ in alle Ecken und Häuser treiben, um die „Mias-

men“, die „schlechten Dämpfe“, zu vertreiben. Diese nämlich seien verantwortlich für Krankheiten, darüber waren sich die westliche und die islamische Welt im Anschluss an die griechische und römische Antike einig.

Noch wichtiger als Schönheit und Gesundheit aber war, dass die Geometrie des Rasters das städtebauliche Markenzeichen europäischer Machtausdehnung im Zeitalter des Kolonialismus und des barocken Rationalismus schlechthin war. Das zeigen Grundrisse von Städten wie Manila, Lima oder Philadelphia, die Anlage der Neustadt von Edinburgh oder die der Berliner Friedrichstadt. Der straffe Plan demonstrierte die Beherrschung der Welt, die Unterwerfung der Natur, die rationale Kontrolle der menschlichen Unzulänglichkeiten.

Doch erst, als Viren und Bakterien als eigentliche Ursachen von Krankheiten in der Mitte des 19. Jahrhunderts entdeckt wurden und damit eine systematische Vorsorge und Bekämpfung von Krankheitswirkungen möglich war, wurden auch die Städte Europas, Nordamerikas und bald auch Ostasiens umgebaut. Die Straßen wurden breiter, Grünanlagen zum Kernbestand städtischer Planung, Hospitäler entwickelten sich zu wissenschaftlichen Krankenhäusern, die Bebauungsdichte wurde limitiert, Fabriken aus den Hinterhöfen verbannt. Vor allem aber waren die systematische Abfallentsorgung sowie die Trennung von

Frisch- und Abwasserversorgung zentral: Wohnungen erhielten nun fließend Wasser und damit die Möglichkeit, „Water Closets“ einzubauen, ausreichend die Kleidung wie sich selbst zu waschen, die Wohnungen gründlich zu reinigen. Dazu kam die Senkung der Bewohnerzahl, sodass statistisch pro Raum maximal zwei Personen gerechnet werden können.

Dabei ging es viel weniger um mildtätige Fürsorge für den Mittelstand und die Armen als vielmehr um die Absicherung der Wohlhabenden und Mächtigen: Sie mussten mit zunehmendem Fortschritt der Seuchenlehre lernen, dass sie keineswegs gefeit waren gegen Viren und Bakterien, wenn die Umgebung krank war. Auch zeigte sich, dass eine gute Wohnungsverordnung eines der relativ billigsten Mittel ist, um Revolutionen vorzubeugen. Es lohnte sich also, auch den Armen – die in all den Jahrhunderten zuvor bestenfalls sozial disziplinierende Armen- und Arbeitshä-

NIKOLAUS BERNAU

ist Journalist, Autor und Dozent. Seine Beiträge zu Architektur, Städtebau, Museums- und Kulturpolitik sowie Geschichte erscheinen häufig in der *Berliner Zeitung*.

ser als Angebot hatten – bessere Lebensbedingungen zu garantieren.

Dies ist der historische Hintergrund, warum die aktuellen Debatten, ob sich unsere Städte und die Architektur infolge von Covid-19 verändern werden, weitgehend in die Irre führen: In Europa, Nordamerika, Ostasien sowie weiten Teilen Südamerikas und Indiens sind die Städte und die Hauspläne schon seit einem Jahrhundert nach seuchenhygienischen Gesichtspunkten um- und neugebaut worden. Auch in Afrika, Südamerika oder Indien hat dieser Umbau längst begonnen, auch wenn sich dort noch viel Hilfe lohnt – wieder nicht aus Mildtätigkeit, sondern aus Selbstschutz.

Doch insgesamt hat Covid-19 bisher vor allem eines gezeigt: Das große Thema der urbanistischen Zukunft ist weiter der Klimawandel, ist der „ökologische Stadtumbau“, wie ihn Planer schon in den 1980er-Jahren vehement forderten. Amsterdam, Kopenhagen, London, New York und vor allem die West-Berliner Internationale Bauausstellung fingen damals an, mit neuen, ökologisch verantwortbaren Baumaterialien und -konstruktionen zu experimentieren, den Bestand sorgsam und sozial abgedeckt zu sanieren, damit die Menschen nicht mehr in Vorstadtsiedlungen ausweichen, sobald sie es zu etwas Wohlstand bringen. Es wurde gestritten, wie man den Klein- und Mittelstädten neben den Metropolen eigenständige Entwicklungschancen gibt, wie die

Straßenbahn zu rehabilitieren sei, wie der Autoverkehr die Städte zerstört. Hinterhöfe wurden begrünt und Dächer zu Spielflächen umgebaut, Fabrikgelände umgenutzt, aber gleichzeitig Flächen für sauberes Handwerk und Ateliers geschaffen.

Wer heute von den Potentialen spricht, die sich auf Garagen- und Supermarktflächen bieten, sehe sich die Planungen der 1980er-Jahre an.

Zerschlagen wurde die Euphorie nach nur wenigen Jahren von der neoliberalen Revolution, die solche Experimente als marktfern ablehnte – was sie damals auch waren. Drei Jahrzehnte beherrschte dann die Debatte, ob nun nachgebaute Schlossfassaden oder rasanten Hadid-Kurven, spitzzackiger Libeskind oder Foster-High-Tech die Zukunft seien, nachgebaute Art déco oder coole Kisten. Und wieder setzten sich die Metropolen als Maßstab der Entwicklung durch – bis hin zu Entscheidungen, die kleinen Krankenhäuser auf dem Land abzubauen, die Post und die Polizei noch weiter zu zentralisieren, Kirchengemeinden zusammenzulegen, Bibliotheken vor allem als Onlinestationen zu betrachten, das Land als „Umland“ der Stadt.

Genau darum geht es nun: um den neuerlichen, den ökologischen Umbau unserer Städte, nun nicht mehr zu hygienisch akzeptablen Wohnorten, sondern zu Netzwerken, die in die Kreisläufe der Umwelt eingebaut sind.